



VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

(NEU)LAND GESTALTEN!

Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden

Datum: Freitag, 8. April 2016

Ort: Tagungshaus Kloster Heiligkreuztal
Am Münster 7
88499 Altheim-Heiligkreuztal

Eine gemeinsame Veranstaltung von:



IMPRESSUM:

**Geschäftsstelle der Initiative
Allianz für Beteiligung e.V.**

Königstraße 10 A
70173 Stuttgart

Tel. 0711 335 000 82

www.allianz-fuer-beteiligung.de

REDAKTION:

Dr. Miriam Freudenberger
Lisa Weis

BILDRECHTE TITEL:

© luisamüller10/fotolia.com

INHALTSVERZEICHNIS

1. HINTERGRUND UND THEMEN DER VERANSTALTUNG.....	2
2. GRUSSWORTE DER VERANSTALTER	3
3. EINFÜHRUNGSVORTRAG	4
4. METHODEN DER BÜRGERBETEILIGUNG.....	6
5. DAS PRAXISHANDBUCH „(NEU)LAND GESTALTEN!“	9
6. GESELLSCHAFTS- UND RECHTSFORMEN FÜR BÜRGERBETEILIGUNG	10
7. DAS FÖRDERPROGRAMM „GUT BERATEN!“	13
8. VERANSTALTUNGSEINBLICKE	14
9. DIE VERANSTALTER	16
10. DIE TEILNEHMER_INNEN	18

1. HINTERGRUND UND THEMEN DER VERANSTALTUNG

Am 8. April 2016 fand im Kloster Heiligkreuztal die Veranstaltung „(Neu)LAND gestalten! Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden“ statt. Der Fokus des Veranstaltungstages lag auf dem Thema *Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden*. 150 Teilnehmer_innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik konnten sich an diesem Tag über Methoden der Bürgerbeteiligung sowie Gesellschafts- und Rechtsformen für Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden informieren und zu ihren Erfahrungen diskutieren.

Die Veranstaltung stellte die These in den Mittelpunkt, dass die Zukunftssicherung des ländlichen Raums eine der wichtigsten gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit ist – und dass sie mit Bürgerbeteiligung besser gelingt. Denn um ihre Städte und Gemeinden als lebenswerte Orte zu gestalten und zu erhalten engagieren sich viele Bürger_innen in zivilgesellschaftlichen Initiativen und bringen sich ein, um die Infrastrukturen vor Ort zu verbessern. Die Aktionsfelder sind dabei vielfältig und reichen von der Einrichtung und Betreuung von Dorfläden bis zur Gründung von Bürgergenossenschaften, von Nachbarschaftshilfe und Dienstleitungen für ältere Mitbürger bis hin zur Entwicklung von Zukunftskonzepten für das eigene Dorf. Das Wirken der Bürger_innen vor Ort greift dabei häufig kommunalpolitische Themen auf, so können bürgernahe Lösungen für anstehende Herausforderungen gefunden werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen und ihre Maßnahmen der Bürgerbeteiligung tragen somit bereits heute in hohem Maße zum Erhalt von kleinen Städten und Gemeinden bei und sind somit ein wichtiger – wenn auch in dieser Form häufig nicht benannter – Baustein kommunalpolitischer Zukunftssicherung im ländlichen Raum.

Aufbauend auf diese Thesen stellte der Fachtag folgende Themen in den Mittelpunkt:

- Was bedeutet Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum und wie funktioniert sie – auch im Unterschied zu Ballungszentren?
- Was sind die Stärken von Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden?
- Welche Methoden der Bürgerbeteiligung haben sich in ländlichen Gemeinden bewährt und wie lassen sie sich mit kommunalpolitischen Ansätzen verbinden?
- In welchen Formen (Gesellschafts- und Rechtsformen) können sich Bürger_innen vor Ort organisieren, um Zukunftsthemen ihrer Gemeinde nachhaltig zu gestalten?
- Welche Finanzierungsmöglichkeiten/ Förderprogramme zum Thema „Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden“ gibt es in Baden-Württemberg?

2. GRUSSWORTE DER VERANSTALTER

Die Veranstaltung wurde von der Allianz für Beteiligung, dem Staatsministerium Baden-Württemberg, dem K-Punkt Ländliche Entwicklung im Kloster Heiligkreuztal und dem Gemeinденetzwerk BE durchgeführt. Karin Silbe vom K-Punkt Ländliche Entwicklung im Kloster Heiligkreuztal betonte in ihrem Grußwort, dass die Zukunft des ländlichen Raums auf Bürgerbeteiligung angewiesen ist, da es gerade das Heimatgefühl sei, das die Bürger_innen in den Dörfern und Gemeinden halte. Das große Ehrenamtliche Engagement sowie der soziale Zusammenhalt und der bei vielen sehr ausgeprägte Wille zur Gestaltung ihres Dorfes und ihrer Gemeinde bieten – so sie genutzt werden – große Potentiale für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung von Gemeinden.

Professor Dr. Paul-Stefan Roß vom Gemeinденetzwerk BE machte deutlich, wie wichtig eine solche Veranstaltung ist, da Bürger_innen, Verwaltung und Politik so die Chance erhalten, voneinander und miteinander zu lernen. Gerade in ländlichen Räumen sei das Engagement der Bürger_innen sehr hoch. Doch wer sich engagiere, möchte meist auch mitreden, denn der Wille mitzubestimmen sei tief verwurzelt. *Mitmachen* und *Mitbestimmen* seien nicht voneinander zu trennen. Aus diesem Grund, so Professor Dr. Roß abschließend, sei es wichtig, die Bürger_innen an Prozessen zu beteiligen, auch wenn dies kurzfristig nicht immer der bequemste Weg sei. Nur so könne man das vorhandene Engagement weiter aufrechterhalten, das entscheiden sei für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden in so unterschiedlichen Bereichen wie Pflege, Teilhabe von zugewanderten Menschen, Energieversorgung.

Wolfgang Klenk von der Allianz für Beteiligung betonte, dass Bürgerbeteiligung kein Renommierprojekt eines Bürgermeisters sein sollte, sondern dass anerkannt werden muss, dass Bürgerbeteiligung mittlerweile lebensnotwendig für eine Gemeinde ist. „Ohne Mitwirkung sind die Zukunftsaufgaben der Kommunen nicht mehr zu schaffen“, so Klenk. Ein Beispiel hierfür sei die für derzeit alle Kommunen präsente Situation der Unterbringung von Menschen mit Fluchterfahrung, bei der Kommunen und Behörden ohne bürgerschaftliches Engagement komplett überrollt worden wären. Aber auch struktureller Wandel, demographische Entwicklung und die Erhaltung von Lebensqualität bei knapper werdenden Ressourcen seien Themen, die nicht allein von einem Entscheidungsträger entschieden werden können. Bei der Bearbeitung dieser Themen sei es eine Chance, möglichst viele Einwohner_innen zu beteiligen. Dazu brauche es aber das Wissen um geeignete Beteiligungsverfahren und die Kompetenz zur Umsetzung, so Wolfgang Klenk.

Hannes Wezel vom Staatsministerium Baden-Württemberg legte Aktivitäten der Landesregierung zum Thema Bürgerbeteiligung dar. So habe Staatsrätin Gisela Erler während der letzten fünf Jahren insbesondere drei zentrale Projekte verfolgt: Erstens: Die Entwicklung eines Leitfadens für Planungskultur, der Bürgerbeteiligung für Bauvorhaben des Landes vorschreibt. Zweitens das Beteiligungsportal Baden-Württemberg, das über die Aktivitäten der Landesregierung zur Bürgerbeteiligung informiert. Und drittens eine Allianz für Beteiligung, die die Zivilgesellschaft beim Thema Bürgerbeteiligung unterstützt und miteinander vernetzt. Alle diese Aktivitäten beförderten ein vielfältiges Baden-Württemberg, das von seinen Bürger_innen mitgestaltet wird, so Herr Wezel. Dies zeige auch der Leuchtturmwettbewerb, bei dem seit 2013 zusammen mit dem Staatsanzeiger viele Projekte der Bürgerbeteiligung aus-

zeichnet werden. Herr Wezel schloss seine Rede mit der Zusage, dass Bürgerbeteiligung auch in der neuen Landesregierung in Baden-Württemberg eine Rolle spielen wird, auch im Zusammenhang der Integration und dem Zusammenleben mit Menschen mit Fluchterfahrung.

3. EINFÜHRUNGSVORTRAG

BÜRGERBETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM: DAS LEITBILD DER BÜRGERKOMMUNE

Zusammenfassung der zentralen Inhalte

Gerhard Kiechle, Bürgermeister der Gemeinde Eichstetten a. D., stellte in seinem Einführungsvortrag dar, dass Bürger_innen und Verwaltungsmitarbeiter_innen Bürgerbeteiligung häufig mit Misstrauen und Vorbehalten begegnen. Zudem seien einige der Meinung, Bürgerbeteiligung führe letztlich zum Verlust der repräsentativen Demokratie. Um dem entgegenzuwirken stellte Herr Kiechle klar, dass die repräsentative Demokratie durch Bürgerbeteiligung nicht verloren geht, denn die Entscheidungen obliegen auch kommunalrechtlich immer dem Gemeinderat. Sie wird aber durch die Einbeziehung der Bürger mit ihren Ideen und Anregungen ergänzt und erweitert, denn „der Wurm muss dem Fisch und nicht dem Angler schmecken“. Allerdings sei zu beachten, dass Bürgerbeteiligung nicht bei jedem Projekt sinnvoll ist und sie zudem strukturiert ablaufen muss, um zu einem guten Prozess zu führen.

Seinen Ansatz erläuterte Kiechle am Beispiel der Bürgerkommune. Anhand eines Treppenmodells erklärte er den Weg von der obrigkeitlichen Kommune, in der Bürger_innen als Untertanen fungierten über die Dienstleistungskommune, in der Bürger_innen als Kunden wahrgenommen werden, hin zur Bürgerkommune, die Bürger_innen als Beteiligte und Mitverantwortliche sieht. Darunter versteht man Gemeinden oder Städte, die sich durch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung auszeichnen und das Zusammenwirken im Rahmen von Interaktionsregeln zwischen Bürger_innen, Politik und Verwaltung fördern. Diese Entwicklung sei nur dann möglich, wenn Bürgerbeteiligung sowie das bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen gefördert werden. Da sich die Aufgaben der Kommunen vervielfacht haben und komplexer geworden sind, sind die Gemeinden Kiechle zufolge mehr denn je auf ihre Bürger_innen angewiesen. Daraus resultiere ein neues Kräftedreieck, bestehend aus Bürger_innen, Politik und Verwaltung. Dieses münde aber nur dann in eine gute Zusammenarbeit, wenn klare Spielregeln aufgestellt werden und sich alle Akteure auch an diese halten.

Herr Kiechle nannte vier Punkte, die wichtig für das Gelingen einer guten Beteiligungspolitik sind:
Hierzu zählen

- eine klare politische Willensbekundung,
- gemeinsam entwickelte Spielregeln und Leitlinien,
- eine Koordinierungs- oder Anlaufstelle in der Gemeinde
- und die Anerkennung bzw. Würdigung der teilnehmenden Akteure.

Kiechle zufolge kann Bürgerbeteiligung in vielen verschiedenen Formen erfolgen, so zum Beispiel in Arbeitskreisen oder Workshops, in Form von Befragungen oder Foren, als Zukunftswerkstatt, Bürger_innenpanel oder World-Café, um nur ein paar wenige zu nennen. Damit die jeweiligen Formen Erfolge herbeiführen, müssten nicht nur alle Akteure gewillt sein, Visionen vorhanden und professionelle Begleitung gegeben sein, sondern auch der finanzielle und rechtliche Rahmen müsste stimmen. Als Vorteil einer frühzeitigen Beteiligung nennt Kiechle, dass das Ergebnis am Ende nicht nur verteidigt werden muss, sondern eher kooperativ umgesetzt werden kann. Allerdings müssen die Verwaltung und die Politik gewillt sein, von ihrer Macht etwas abzugeben und die Bürger_innen transparent und intensiv zu informieren, um auf Augenhöhe zusammen arbeiten zu können. Zudem sei es auch ein Prozess, bei dem alle Akteure ständig dazu lernen.

Weiter stellte Gerhard Kiechle heraus, dass das bürgerschaftliche Engagement gerade einen Wandel durchläuft, der dazu führt, dass sich Bürger_innen in Umfang und in der Dauer eher begrenzt engagieren. Das Engagement würde nach Interesse am Inhalt ausgewählt und zudem finde eine Abkehr vom unentgeltlichen Engagement statt. Dennoch zähle die Bürgerbeteiligung zu einer der Stärken des ländlichen Gebietes. Die Bürger_innen identifizieren sich hier stärker mit ihrer Gemeinde, sie seien es gewohnt, „etwas in die Hand zu nehmen“. Zudem seien sie durch Vereine und eine lebhaftes Nachbarschaft und kurze Kommunikationswege von vornherein sehr stark vernetzt. So schloss Herr Kiechle, dass das Dorf nicht nur überschaubarer Lebensraum ist, sondern eine ganz eigene Lebensform darstellt, die Bürgerbeteiligung im Allgemeinen begünstigt.



GERHARD KIECHLE

Bürgermeister von Eichstetten a.D., Dozent der Verwaltungshochschule Kehl

24 Jahre hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl
Dozent an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Baden-Württemberg in Kehl
im Vertiefungsgebiet bürgernahe Kommunalpolitik (Bürgerkommune) Vorstandsmitglied der Wohnungsgenossenschaft Bauverein Breisgau eG in Freiburg mit dem Schwerpunkt Quartiersarbeit und neue Wohnformen im Alter Mitinitiator und seit 9 Jahren Aufsichtsrat der Regionalwert AG Bürgeraktiengesellschaft in der Region Freiburg.

4. METHODEN DER BÜRGERBETEILIGUNG

Folgende Methoden der Bürgerbeteiligung haben sich in kleinen Städten und Gemeinden bewährt und wurden deshalb auf der Veranstaltung vorgestellt:

BEFRAGUNG

Über eine Befragung können systematisch und unter vielen Menschen Wissenslücken zu Meinungen, Präferenzen und zum Verhalten geschlossen werden. Eine Befragung erfolgt schriftlich (Papier oder Internet) oder mündlich (Interview). Die Form der Befragung und die Fragen selbst richten sich nach dem Thema, der Absicht, die mit der Befragung verbunden ist und der Zielgruppe. Der Zeitbedarf von der Planung bis zur Auswertung umfasst mindestens sechs Wochen.

STÄRKEN-SCHWÄCHEN-SAMMLUNG

Durch eine Stärken-Schwächen-Sammlung entsteht schnell eine Übersicht zu einer bestimmten Fragestellung. Es werden positive und negative Merkmale eines Themas oder verschiedene Teilaspekte eines Themas zusammengetragen. Geschieht das mit Moderationskarten an Pinnwänden, dann können viele Menschen gleichzeitig daran arbeiten. Alle notieren einzeln ihre Stichwörter auf Karten und hängen sie an vorbereitete Pinnwände.

WORLD CAFÉ

Die Methode World Café eignet sich für Fragen, die vielen wichtig erscheinen und die aus verschiedenen Perspektiven erörtert werden können. Mehrere Tische sind für vier bis acht Personen einladend gestaltet und mit Papier und Stiften, zum Notieren von Ideen und Kommentaren, ausgestattet. An den Tischen finden getrennte Diskussionsrunden zu unterschiedlichen oder gleichen Themen statt. Wichtige Diskussionspunkte und Ergebnisse werden für alle sichtbar notiert. Nach 20 bis 30 Minuten wechseln alle Teilnehmer_innen die Tische. Nur eine Person bleibt als „Tischgastgeber_in“ zurück, begrüßt die neu Hinzukommenden und führt kurz in das bisherige Gespräch ein. Zum Schluss berichten die Tischgastgeber_innen allen von den Kerninhalten der Diskussion. Eine „World-Café-Etiquette“ mit Gesprächsregeln stärkt den Dialog und die Eigenverantwortung.

BÜRGER INNEN-RAT

Ein Bürger_innen-Rat ist ein zufällig ausgewähltes Gremium, das zeitlich befristet zusammenkommt und für eine Fragestellung, die z.B. der Gemeinde wichtig ist, ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet. Dafür werden etwa 1,5 Tage eingeplant und es kommt die Moderationsmethode „Dynamic Facilitation“ zum Einsatz. Die Methode kommt dem oft sprunghaften, assoziativen Denken der meisten Menschen entgegen und befähigt die Gruppe, eine gemeinsame Sicht auf das Problem zu entwickeln. Der Bürger_innen-Rat setzt sich aus 12 bis 15, per Zufallsauswahl eingeladenen, Personen zusammen und arbeitet nicht-öffentlich. Kurze Zeit später präsentiert er seine Ergebnisse im Rahmen eines Bür-

ger_innen-Cafés (Methode: World Café) der Öffentlichkeit. Dann können alle mitdiskutieren. Das Ergebnis aus beiden Veranstaltungen stellt die Empfehlung für den Auftraggeber dar.

ZUKUNFTSWERKSTATT

Das Kennzeichen von Zukunftswerkstätten ist die Unterscheidung der drei Phasen Kritik-, Utopie- und Realisierungsphase. Man beschäftigt sich wenig mit der Vergangenheit und sehr viel mehr mit der Frage, wie eine gute Zukunft gestaltet werden kann. Der dreistufige Ablauf hilft, das gemeinsame Problem zu verstehen, sich kreativ auf Leitbilder zu verständigen und für diese geeignete und realistische Maßnahmen zu entwickeln. Eine Zukunftswerkstatt dauert mindestens einen Tag, manchmal auch bis zu drei Tage und eignet sich für 15 bis 50 Teilnehmende.

ZUKUNFTSKONFERENZ

Eine Zukunftskonferenz hat das Ziel, auf der Basis von Geschichten und Werten eine gemeinsame Vision für die Zukunft zu erarbeiten. Deswegen ist es wichtig, dass Vertreter_innen aller Gruppierungen, die von dem Thema betroffen sind, an der Zukunftskonferenz teilnehmen. Die Moderation leitet durch die Phasen: Rückblick in die Vergangenheit, Herausforderungen der Zukunft, heutige Antworten auf die Entwicklungen von morgen, Stolz und Bedauern, konsensfähige Visionen sowie Ideen für Maßnahmen.

Die „klassische Form“ ist angelegt auf drei Tage Dauer (häufiger sind es 1 bis 1,5 Tage) und zwischen 50 und 80 Personen. Ein zentrales Merkmal der Zukunftskonferenz ist ein Wechsel zwischen Kleingruppenarbeit und Berichten im Plenum sowie immer wieder wechselnde Zusammensetzungen der Kleingruppen. Genau hierfür ist das gut ausgewogene Spektrum der Teilnehmerschaft so wichtig: mal arbeiten homogene Gruppen, z.B. Einzelhändler_innen oder Schüler_innen an einer Aufgabenstellung und dann wechseln alle durch und arbeiten in gemischten Gruppen weiter.

RUNDER TISCH

Ziel eines Runden Tisches ist es, zwischen allen Teilnehmenden einen Konsens über eine präzise formulierte Fragestellung zu erarbeiten. Alle Teilnehmenden sind dabei gleichberechtigt und werden gezielt ausgewählt. Besonders bei konflikthaften Themen ist es wichtig, alle Interessenvertreter_innen einzubeziehen. Die Aufgabe muss von allen Teilnehmer_innen als grundsätzlich bearbeitbar und lösbar betrachtet werden. Bis max. 20 Personen ist die Methode sinnvoll, eine professionelle Moderation ist dabei notwendig. Die Ergebnisse jeder Sitzung werden protokolliert und allen Teilnehmer_innen zur Verfügung gestellt.

BÜRGERINNENRAT – BÜRGERCAFÉ

Ein Bürger_innen-Rat ist ein zufällig ausgewähltes Gremium, das zeitlich befristet zusammenkommt und für eine Fragestellung, die z.B. der Gemeinde wichtig ist, ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet. Dafür werden etwa 1,5 Tage eingeplant und es kommt die Moderationsmethode „Dynamic Facilitation“ zum Einsatz. Die Methode kommt dem oft sprunghaften, assoziativen Denken der meisten Menschen entgegen und befähigt die Gruppe, eine gemeinsame Sicht auf das Problem zu entwickeln. Der Bürger_innen-Rat setzt sich aus 12 bis 15 per Zufallsauswahl eingeladenen Personen zusammen und arbeitet nicht-öffentlich. Kurze Zeit später präsentiert er seine Ergebnisse im Rahmen eines Bürger_innen-Cafés (Methode: World Café) der Öffentlichkeit. Dann können alle mitdiskutieren. Das Ergebnis aus beiden Veranstaltungen stellt die Empfehlung für den Auftraggeber dar.

LEITLINIEN FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

Leitlinien, Konzepte und Spielregeln für Bürgerbeteiligung machen transparent, wie alle Beteiligten des sogenannten kommunalen Kräfte-dreiecks, also die Bürger_innen, der Gemeinderat und die Verwaltung, Beteiligung miteinander praktizieren möchten. Die Leitlinien werden im „Trialog“ und auf die Situation in der Kommune angepasst erarbeitet und beschlossen. Sie begründen und unterstützen eine neue Beteiligungskultur.

MEHRSTUFIGE VERFAHREN

Häufig setzt sich ein Beteiligungsverfahren aus mehreren Schritten und Veranstaltungen zusammen, die einen Gesamtprozess bilden. Solche Prozesse werden in der Regel speziell für die jeweilige Aufgabenstellung geplant. Meist bildet eine öffentliche Auftaktveranstaltung den Start, in der das Problem, die Fragestellung, die Reichweite, das Konzept und der Zeitplan beschrieben werden. Dann schließen Einzelveranstaltungen an, in denen Sachfragen und Interessen geklärt werden, eine Verständigung über Ziele stattfindet und Ideen und Projekte entwickelt werden. Die Ergebnisse werden in einem Bericht gebündelt und mit Empfehlungen an die Entscheidungsgremien, meist an den Gemeinderat, übergeben.

5. DAS PRAXISHANDBUCH „(NEU)LAND GESTALTEN!“

Bei der Tagung wurde das neue Praxishandbuch „(Neu)LAND gestalten! Methoden und Praxisbeispiele für Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden“ der Allianz für Beteiligung vorgestellt. Hierin enthalten sind Kurzbeschreibungen zu Methoden der Bürgerbeteiligung, die sich in kleinen Städten und Gemeinden bewährt haben. Es zeigt Praxisbeispiele von Bürgerbeteiligung, die bereits stattgefunden haben und es gibt weiterführende Hinweise für alle, die sich mit einer Methode vertieft auseinandersetzen wollen. Das Praxishandbuch kann über folgenden Link heruntergeladen werden: http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Diskurspapiere/AfB-Methodenhandbuch_WEB.pdf

Es besteht die Möglichkeit, das Handbuch in gedruckter Form versandkostenfrei zu erhalten (bis zu 20 Stück). Ein Bestellformular finden Sie unter folgendem Link:

<http://allianz-fuer-beteiligung.de/broschuerenbestellung/>

BEFRAGUNG

STECKBRIEF

VORTEILE Eine Befragung liefert einen systematischen Überblick über Größen und Anteile und ist damit eine gute Basis für stichhaltige Argumente. Sie bietet allen Befragten eine faire Chance, sich – in der Regel anonym – zu äußern. Auch jenen, die nicht an einer Veranstaltung teilnehmen können. Im Internet sind viele Beispiele zu finden.

NACHTEILE Da wegen des Datenschutzes Anonymität gewährleistet sein muss, ist keine Rückfrage möglich. Kenntnisse zur Fragenformulierung und zur Auswertung sind wichtig.

WISSENSWERTES Variationen: Befragung als Dorfspaziergang oder als «Küchentischgespräch», Datenerhebung durch »Fotosafari« ergänzen, Umfrage als Punktabfrage in einer öffentlichen Veranstaltung, Präsentation als Plakatausstellung an einem öffentlichen Ort.

HILFESTELLUNG Durch Hochschulen und Büros. Je mehr Sie selbst übernehmen, desto günstiger wird es. Wenn Sie eine Hochschule für ein Studienprojekt gewinnen können, dann ersetzen Sie das Honorar durch die Zeit, die Sie für eine gute Betreuung aufwenden müssen.

So einfach und eindeutig, wie möglich fragen! Je kürzer, desto besser.

TIPPS Testen Sie den Fragebogen vorab mit ein paar Personen. Dann können Sie unklare Fragen noch korrigieren.

Es gibt brauchbare Werkzeuge für Online-Befragungen im Internet. Voraussetzung ist dann allerdings, dass alle Befragten gut mit dem Internet umgehen können. Wir finden den persönlichen Austausch wichtig und empfehlen, die Ergebnisse einer Internetumfrage in einer Dialogveranstaltung vorzustellen und zu diskutieren.

Eine Befragung kann auch am Ende eines Prozesses stehen ☺ Siehe das Beispiel Gottmadingen auf S. 32.

NACHLESEN Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (Hg.): Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung. Leitfaden und Methodenbox. Bonn 2014. Enthält ein Kapitel zum Aufbau von Fragebögen. Die Broschüre kann kostenfrei bestellt oder heruntergeladen werden: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen/leader/selbstevaluierung Auf dieser Seite gibt es auch einen Überblick über Werkzeuge für Online-Befragungen.

6. GESELLSCHAFTS- UND RECHTSFORMEN FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

Wenn Bürger_innen sich zu Zukunftsfragen in ihrem Ort engagieren wollen ist es hilfreich, wenn sie sich in Gruppen organisieren. Folgende Gesellschafts- und Rechtsformen haben sich in kleinen Städten und Gemeinden bewährt und wurden deshalb auf der Veranstaltung vorgestellt. Weiterführende Informationen können bei den jeweiligen Referent_innen direkt erfragt werden:

DIE BÜRGERGENOSSENSCHAFT (Z.B. BAUGENOSSENSCHAFT, ENERGIEGENOSSENSCHAFT, GENOSSENSCHAFT ZUR NAHVERSORGUNG USW.).

ANSPRECHPARTNER Dr. Michael Roth, Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband

Hinter der Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft (eG) steckt ein langjähriges erfolgreiches Geschäftsmodell. "Die eingetragene Genossenschaft kann drei Unternehmer zusammenführen, aber auch Hunderte von Menschen in einer Kommune, die gemeinschaftlich Solaranlagen installieren oder ihren Dorfladen wiederbeleben wollen", so Dr. Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands.

KURZ-INFO

Der genossenschaftliche Grundgedanke beinhaltet stets die Bündelung von Kräften, um gemeinsam etwas zu bewegen. Dadurch verbindet eine Genossenschaft die Vorteile der Eigenständigkeit mit den Vorteilen eines starken Netzwerks. Eine Genossenschaft orientiert sich im Sinne ihrer Mitglieder an den bewährten genossenschaftlichen Werten der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Oberstes Prinzip der genossenschaftlichen Arbeit ist die Selbsthilfe. Das bedeutet, dass viele zusammen etwas verwirklichen, das sie alleine nicht schaffen würden.

KONTAKTDATEN

Mail: Michael.Roth@bwgv-info.de

Telefon: 0711 222 13 14 22

DIE BÜRGERSTIFTUNG

ANSPRECHPARTNER **Hanna Lehmann**, Regionalkuratorin Bürgerstiftungen Baden-Württemberg

KURZ-INFO

Bürgerstiftungen sind Stiftungen von Bürger_innen für Bürger_innen. Mit ihrem breiten Satzungszweck und ihrem lokalen Aktionsradius stärken sie als unabhängige Organisationen das bürgerschaftliche Engagement.

KONTAKTDATEN

Mail: hanna.lehmann.freiburg@gmail.com
Telefon: 0761 459320

DER (GEMEINNÜTZIGE) VEREIN

ANSPRECHPARTNER **Martin Müller**, Städtetag Baden-Württemberg

KURZ-INFO

Ein Verein ist eine auf Dauer angelegte Verbindung von mehreren Personen, die gemeinsam einen Zweck verfolgen wollen. Um die Steuerfolgen eines Vereins beurteilen zu können wird grundsätzlich zwischen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Vereinen unterschieden.

Gemeinnützige Vereine werden nicht mit dem Hintergrund gegründet, Gewinne zu erzielen. Ein Verein wird als gemeinnützig eingestuft, wenn der Vereinszweck gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Natur ist. Dabei muss dieser Zweck selbstlos, ausschließlich sowie unmittelbar verfolgt und in der Satzung festgeschrieben werden.

Dagegen verfolgt der nicht gemeinnützige Verein wirtschaftliche Interessen mit dem Ziel, Gewinne zu erwirtschaften. Nicht gemeinnützige Vereine unterliegen, wie auch andere Wirtschaftsunternehmen, grundsätzlich einer unbeschränkten Besteuerung.

KONTAKTDATEN

Mail: martin.mueller@staedtetag-bw.de
Telefon: 0711 2292134

DIE REGIONALWERT AG

ANSPRECHPARTNER **Gerhard Kiechle**, Mitinitiator/Aufsichtsratsmitglied, Regionalwert AG, Eichstetten

KURZ-INFO

Als Bürgeraktiengesellschaft organisiert die Regionalwert AG das Zusammenwirken von Kapitalgebern und Partnerbetrieben zum Aufbau einer nachhaltigen Regionalwirtschaft rund um Freiburg. Die Regionalwert AG verbindet dabei gewissenhaftes Wirtschaften mit sozial-ökologischer Wertschöpfung. Dieser Dialog wird transparent und nach ausgewiesenen Kriterien gestaltet. So ist die Wirkung des eingesetzten Geldes stets nachvollziehbar und wird von allen Beteiligten aktiv beeinflusst und mitverantwortet.

KONTAKTDATEN Mail: gerhardkiechle@gmx.de

SYNERGIEN VOR ORT BÜNDELN: LOKALE NETZWERKE

ANSPRECHPARTNER **Janine Bliestle**, Fachberatung Gemeindefachstelle Baden-Württemberg

KURZ-INFO

Das Fachberatungsteam des Gemeindefachstellennetzwerks ist Ansprechpartner für Bürgermeister*innen, Verwaltung und Politik in den Kommunen Baden-Württembergs zum Thema Bürgerengagement und Beteiligung. Ziel dabei ist die Netzwerkmitglieder durch fachliche Beratung und Begleitung bei der Verankerung von Bürgerengagement und Beteiligung innerhalb der kommunalen Politik zu unterstützen und neue Impulse für bürgerschaftliche Projekte auf kommunaler Ebene zu geben. Weitere Informationen zum Gemeindefachstellennetzwerk finden Sie auf www.gemeindefachstellennetzwerk-be.de.

KONTAKTDATEN Mail: janine.bliestle@ifas-stuttgart.de
Telefon: 0761 477 5044

7. DAS FÖRDERPROGRAMM „GUT BERATEN!“

Beratungsgutscheine zur Förderung der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg

Jeder möchte gerne in einer lebenswerten Stadt oder Gemeinde wohnen. Zu den grundlegenden Anforderungen lebenswerter Städte und Gemeinden gehören zum Beispiel Faktoren wie Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Nahversorgung, soziale Fürsorge, bürgerschaftliche Beteiligung. Um ihre Städte und Gemeinden als lebenswerte Orte zu gestalten und zu erhalten engagieren sich bereits heute viele BürgerInnen in zivilgesellschaftlichen Initiativen. Sie bringen sich ein, um die Infrastruktur zu verbessern.

Die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung setzt sich dafür ein, dass BürgerInnen ihr Recht auf Beteiligung stärker nutzen können. Mit dem Förderprogramm „Gut beraten!“ fördert die Staatsrätin deshalb zivilgesellschaftliche Initiativen und ihre Maßnahmen der Bürgerbeteiligung für die Zukunftssicherung des ländlichen Raums. Das Programm soll ermöglichen, dass zivilgesellschaftliche Gruppen sich zu gesellschaftlichen und politischen Themen in ihrem Wohnort einbringen und mitmachen, mitreden und mitentscheiden.

WER KANN SICH BEWERBEN?

Antragsteller sind zivilgesellschaftliche Initiativen (z.B. Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände) in Baden-Württemberg, die mit einem Beteiligungsprojekt vor Ort zur Verbesserung der Infrastruktur in ihrer Stadt oder Gemeinde beitragen wollen

Angesprochen werden Initiativen in kleinen/mittleren Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg (bis zu 80.000 Einwohner)

WELCHE FÖRDERUNGEN GIBT ES?

Projekte können bis zu 4.000 Euro für Beratungsleistungen durch fachlich qualifizierte und erfahrene Personen erhalten

Der Tagessatz für diese Beratungen liegt bei max. 800,- Euro pro Tag (inkl. Mehrwertsteuer und Reisekosten)

Eine Netzwerkveranstaltung bietet die Möglichkeit, verschiedene Ansätze zur Zukunftssicherung des ländlichen Raums kennenzulernen und sich dazu auszutauschen und zu vernetzen

WAS SIND DIE VORAUSSETZUNGEN?

Das Projekt und seine Ziele müssen bei Antragstellung beschrieben werden

Dabei sollen die Antragsteller_innen zeigen, wie sie den Beteiligungsgedanken in ihrer Organisation verinnerlicht haben und bei der Umsetzung berücksichtigen werden

Die Gemeinde/Stadt, in der das Projekt durchgeführt werden soll, muss formlos die Gemeinwohlorientierung des Projekts und ihre Unterstützung bestätigen

WIE KANN MAN SICH BEWERBEN?

Die Antragstellung erfolgt über ein Antragsformular. Das ausgefüllte Formular senden Sie bitte an das Staatsministerium Baden-Württemberg zu Händen von Hannes Wezel

Man kann sich **quartalsweise** für das Förderprogramm bewerben. Die genauen Daten hierfür sowie das Antragsformular finden Sie unter: <http://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/gut-beraten/>



Sollten Sie weitere Fragen haben, so wenden Sie sich gerne an:

Hannes Wezel

Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
Telefon: 0711 2153 628

Lisa Weis

Projektleiterin, Initiative Allianz für Beteiligung e.V.,
Telefon: 0711 335 000 82

8. VERANSTALTUNGSEINBLICKE





9. DIE VERANSTALTER



Die Allianz für Beteiligung ist ein unabhängiges Netzwerk von AkteurInnen in Baden-Württemberg, die sich für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Zivilgesellschaft einsetzen. Das Netzwerk tritt dafür ein, dass politische Partizipation von Bürger_innen in Baden-Württemberg mehr Gewicht bekommt.

Die Allianz möchte erreichen, dass sich Bürger_innen in Entscheidungsprozesse einbringen und sie von Anfang an mitgestalten können. Ziel des Netzwerks ist es, in Politik, Verwaltung und Wirtschaft ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass gesellschaftliche Herausforderungen mit Beteiligung von Bürger_innen besser gemeistert werden können. Die Allianz bietet im Besonderen Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden die Möglichkeit, sich zu ihren Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Zudem macht sie gelungene Beteiligungsprojekte in Baden-Württemberg sichtbar und bietet Bildungsveranstaltungen an, in denen sie über Möglichkeiten und Verfahren guter Beteiligung informiert.

DAS NETZWERK - Machen Sie Ihre Initiative in Baden-Württemberg sichtbar!

Gerne möchten wir Sie dazu einladen, Teil unseres Netzwerkes zu werden. Unser Netzwerk bündelt Initiativen, die dem Thema Bürgerbeteiligung mehr Gewicht verleihen wollen, und bietet ihnen eine gemeinsame Plattform. Auf dieser stehen das „miteinander Vernetzen“, „gemeinsam Diskutieren“ und das „voneinander Lernen“ im Vordergrund: Welche Erfahrungen haben Sie bereits mit Beteiligungsprozessen gemacht? Wo sind mögliche Stolperfallen? Auf welchen Wegen und mit welchen Strukturen kann politische Partizipation in Baden-Württemberg gelingen? Dies alles sind Fragen, mit denen sich unser Netzwerk beschäftigt. Dabei bündelt die Allianz die Aktivitäten ihrer Mitglieder und zielt darauf ab, Verbindungen und Synergien zu schaffen. Dies ist für Sie mit keinen Kosten verbunden. Werden Sie hier Mitglied <http://allianz-fuer-beteiligung.de/anmeldung/>

Den Impuls zur Gründung der Allianz für Beteiligung hat Gisela Eler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg auf dem „Kongress für Beteiligung“ 2012 gegeben. Die Allianz für Beteiligung ist ein gemeinnütziger Verein. Den Vorstand der Allianz bilden Wolfgang Klenk, Dr. Christine Dörner und Hannes Wezel. Die Allianz für Beteiligung wird vom Land Baden-Württemberg, der Baden-Württemberg Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Breuninger Stiftung und der Führungsakademie Baden-Württemberg gefördert.

www.allianz-fuer-beteiligung.de

Die Baden Württembergische Landesregierung meint es ernst mit mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung. Deshalb hat sie auch das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung geschaffen. Ein Amt, das es so nur in Baden-Württemberg gibt. Staatsrätin Gisela Erler ist Mitglied im Kabinett und hat die Anliegen der Zivilgesellschaft und die Stärkung der Bürgerbeteiligung im Blick.

Die Staatsrätin versteht sich als Botschafterin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Ihre Aufgaben und Schritte auf dem Weg zur Beteiligungsdemokratie sind: Bürgerbeteiligung innerhalb der Landesregierung koordinieren und auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns verankern. Direkte Demokratie stärken. Austausch mit und Vernetzung von Akteuren und Initiativen. Überregionale Kooperationen, Beteiligungsprozesse und wissenschaftliche Kongresse anstoßen und fördern. Den Dialog und die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft intensivieren. Die Landesregierung möchte eine „Politik des Gehörtwerdens“ umzusetzen. Mehr und mehr soll diese neue Haltung auf allen Ebenen der Verwaltung zutage treten. Die Menschen im Land sollen informiert werden, mitreden und auch mitentscheiden können. www.beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/



Der K-Punkt Ländliche Entwicklung im Kloster Heiligkreuztal ist eine Einrichtung der Diözese Rottenburg-Stuttgart und fördert im Sinne eines Knotenpunktes Begegnung, Austausch und Kooperation zwischen Akteuren der Ländlichen Entwicklung. Er veranstaltet Tagungen, gibt Impulse, wie Menschen zu Gestaltern ihres Lebensraums werden können und wirkt mit bei der Entwicklung von Konzepten und Modellen für die Zukunftsfähigkeit des Ländlichen Raums. Als Kompetenzplattform für Ländliche Entwicklung vernetzt er wissenschaftliche, gesellschaftliche, politische und kirchliche Akteure miteinander und vertritt die Interessen von Menschen im Ländlichen Raum.



Um die Städte und Gemeinden im Prozess des Bürgerschaftlichen Engagements vor Ort individuell beraten und unterstützen zu können, wurde vom Gemeindetag Baden-Württemberg am 06. September 2001 unter Mitwirkung und Förderung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren das Gemeinденetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gegründet.

Dabei ist es das Ziel des Gemeinденetzwerk BE die Netzwerkmitglieder durch fachliche Beratung bei der Verankerung Bürgerschaftlichem Engagements innerhalb der kommunalen Politik zu unterstützen und neue Impulse für bürgerschaftlich engagierte Projekte auf kommunaler Ebene zu geben. In Abstimmung mit dem Gemeindetag und dem Sozialministerium Baden-Württemberg finden regelmäßig Fachveranstaltungen und Informationsgespräche zu aktuellen Themen rund um das Bürgerschaftliche Engagement und die Bürgerbeteiligung statt. Zusätzlich erhalten die Netzwerkmitglieder fachliche Beratung zu ihrem örtlichen Entwicklungsprozess und den Fördermöglichkeiten. Das Gemeinденetzwerk BE ist Teil des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und entwickelt sich kontinuierlich weiter. Mittlerweile sind es über 170 Städte und Gemeinden, die ihre Mitgliedschaft erklärt haben und aktive Netzwerkpartner geworden sind. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch innerhalb des Netzwerks ist für die Netzwerkmitglieder ein wichtiger Informationsgewinn. www.gemeindenetzwerk-be.de/

10. DIE TEILNEHMER_INNEN

Name	Vorname	Institution
A		
Albrecht	Michael	Förderverein Innovatives Dorfleben
Aschenbrenner	Sarah	Staatsministerium Baden-Württemberg
Auer	Wolf	Initiative WEIHUNGSTALER BÜRGERBUS
B		
Babaei	Sadaf	Allianz für Beteiligung
Barth	Ralf	Gemeinde Dettingen an der Erms
Barth-Lafargue	Waltraud	Ortsvorsteherin Burladingen-Melchingen
Baumert	Ralf	Bürgermeister Rielasingen-Worblingen
Bischoff	Dieter	Bürgermeister Pfalzgrafenweiler
Bitzan	Prof. Dr. Maria	Hochschule Esslingen
Bliestle	Janine	Gemeindenetzwerk Baden-Württemberg
Bril	Iryna	Allianz für Beteiligung
Broß	Ralf	Oberbürgermeister Stadt Rottweil
Burandt	Christoph	Lebensqualität Burgrieden e.V.
Burger	Susanne	Stadt Leutkirch
C D		
Dannecker	Joachim	BIT Ingenieure AG
Dorner	Marion	Bürgerforum Kressbronn
Dörner	Dr. Christine	Führungsakademie BW, Allianz für Beteiligung
Drobnik	Regina	Nationalpark Schwarzwald
E		
Ebi	Birgit	Bürgergemeinschaft Küssaberg e.V.
Eckert	Hans	Bürgergemeinschaft Küssaberg e.V.
Eisele	Sabrina	Bürgermeisterin Marxzell
Engelhart	Ingrid	SPES Zukunftsmodelle e.V.
F		
Feil	Franz	Regierungspräsidium Tübingen
Fiess	Gerd	ARBES e.V.
Frank	Emmanuel	LEADER-Aktionsgruppe Oberschwaben
Freudenberger	Dr. Miriam	Allianz für Beteiligung
Friedrich	Jörg	Caritas-Konferenzen Deutschlands Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart e. V.
G H		
Geck	Karl	Murg im Wandel
Geiger	Monika	Murg im Wandel
Giese	Julia	Staatsministerium Baden-Württemberg
Glaser	Heidrun	Förderverein Innovatives Dorfleben
Goeth	Marlene	Stadtrat und Stadtseniorenrat Biberach an der Riss

Gruninger	Ursula	Arbeitskreis "Älter werden in Schuttertal"
Händel	Hans-Ulrich	Stadt Sulz am Neckar
Hasting	Leonhard	Gasthaus Schwanen Nehren eG
Hehnle	Andrea	Caritas Region Biberach-Saulgau
Hensler	Maria	SPES Zukunftsmodelle e.V.
Herwerth-Gajer	Nadine	Gemeinde Offenau
Herzog	Sunni	Stadtverwaltung Gaildorf
Heß	Steffen	Gemeinde Gomaringen
Himmel	Wolfgang	translake GmbH Konstanz
Hofmann	Dieter	Bürgermeister Rutesheim
Högerle	Frank	Stadt Bad Wurzach
Hollerbach	Felix	Hochschule Furtwangen
Hölsch	Alexander	SPES Zukunftsmodelle e.V.
Huelsmann	Ines	Hochschule Furtwangen
IJK		
Ihle	Andrea	Stadtverwaltung Gaildorf
Jablonski	Markus	Bürgermeister Riegel
Kammerer	Ulrike	Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Kattermann	Leonie	Staatsministerium Baden-Württemberg
Kiechle	Gerhard	Bürgermeister von Eichstetten a.D., Dozent an der Verwaltungshochschule Kehl
Kimming	Bernhard	AK Zeitbankplus Sozialgemeinschaft Villingendorf
Klenk	Wolfgang	Breuninger Stiftung
Koch	Doris	Büro komPleX
Koch	Fridolin	SPES Zukunftsmodelle e.V.
Kolbeck	Margot	Gemeinde Fronreute
Koller	Wolfgang	Landratsamt Alb-Donau-Kreis
König	Jochen	Bürgermeister Eschach
Kraus	Ludwig	Ortsvorsteher Geislingen-Aufhausen
Kraut	Rainer	Planungsbüro Dipl.-Ing. Rainer Kraut
Kresin	Vera	DIE ARCHE e.V.
Krieg	Dr. Beate	Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg (ALEB)
Kuss	Simon	Rat der Jugend im Zweitälerland
LMN		
Langholf	Henrik	Zukunftsmoderation! Henrik Langholf & Friends
Lehmann	Hanna	Bürgerstiftungen Baden-Württemberg
Lehr	Holger	Bürgermeister Grünkraut
Leins	Roland	Arbeitskreis-Markthalle-Weitingen
Leisgang	Dr. Winfried	Caritasdienste im Landkreis München Fachdienst Bürgerschaftliches Engagement
Maier	Georg	Bürgermeister Obernheim a.D.
Malburg-Graf	Dr. Barbara	Plan_N Prozessbegleitung in Planung und nachhaltiger Raumentwicklung

Markert	Joachim	Bürgermeister Grünsfeld
Mathis	Johann	
Mayser	Paul	
Meier	Stefan	Murg im Wandel
Metsch	Reinhard	LEADER Aktionsgruppe Südschwarzwald
Mill	Natalja	Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH
Mörike	Michael	Integrata-Stiftung
Mugler	Rosa	Breuninger Stiftung
Mulfinger	Stefanie	BIT Ingenieure AG
Müller	Hans	Gasthaus Schwanen Nehren eG
Müller	Gudrun	Stadt Rottweil
Müller	Martin	Städtetag Baden-Württemberg
Münsch	Thomas	Caritas Biberach-Saulgau
Nann	Frank	Gemeinde Denkingen
Niesler	Christoph	Stadtverwaltung Trochtelfingen
OPQ		
Olheide	Daniel	LRA Enzkreis
Patze-Diordiychuk	Dr. Peter	Regierungspräsidium Freiburg
Pausch	Gudrun	Satdt Blaubeuren
Pelzer	Michael	Bürgermeister von Weyarn a.D.
Perlet	Angela	Initiative „Hilfe von Haus zu Haus Offenburg“
Pfundtner	Christine	Mehrgenerationenhaus Geislingen
R		
Raible	Roland	Arbeitskreis-Markthalle-Weitingen
Rapp	Uta	LEADER-Aktionsgruppe Oberschwaben
Rau	Friedrich	Architekt
Rebholz	Pablo	Rat der Jugend im Zweitälerland
Reck	Anna-Elisabeth	Ortschaftsrat Mengen
Rennemann	Ulla	DIE ARCHE e.V.
Richter	Thomas	Gemeinde Schefflenz
Riethmüller	Stefanie	Breuninger Stiftung
Rist	Claudia	System. Coach, Moderation
Rösch	Christine	Bürgerverein Önsbach
Roß	Prof. Paul-Stefan	Gemeindenetzwerk Baden-Württemberg
Roth	Dr. Michael	Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband
Ruckh	Ulrich	Bürgermeister Schelkingen
Ruf	Josef	Gemeinde Biederbach
S		
Satrapa-Schill	Dr. Almut	Bürgerstiftung Grafenau
Schäfer	Thomas	BEreit-Büro der Gemeinde Riegel am Kaiserstuhl
Schäfer	Susann	Nationalpark Schwarzwald
Schäfer	Ulrike	Arbeitskreis Zukunft Melchingen
Schagemann	Gabriele	Stadtverwaltung Gaildorf

Schärer	Thomas	Stadtverwaltung Sigmaringen
Schatz	Sieglinde	Bürgerstiftung Oberndorf a.N.
Schickle	Verena	Initiative „Hilfe von Haus zu Haus Offenburg“
Schiele	Hubert	Bürgermeister Gemeinde Bitz
Schlageter	Michael	Hochschule Furtwangen
Schleicher	Wolfgang	Verband Katholisches Landvolk
Schlumberger	Anni	Human IT Service GmbH
Schmettow	Petra	f i n e p - forum für internationale Entwicklung + planung
Schorn	Sigrid	Caritas-Konferenzen Deutschlands Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart e. V.
Schreckenbach	Petra	Freundeskreis Asyl Nehren
Schreier	Marian	Stadtverwaltung Tengen
Schuh	Max	Bürgerforum Kressbronn
Schultes	Thomas	LEADER Regionalmanagement Hohenlohe-Tauber
Schwarz	Martin	Führungsakademie Baden-Württemberg
Schwellinger	Irma	AK Zeitbankplus Sozialgemeinschaft Villingendorf
Seybold	Paul	Bürgermeisteramt Holzkirch
Silbe	Karin	K-Punkt Ländliche Entwicklung im Kloster Heiligkreuztal
Sperrle	Sina	Hochschule Esslingen
Staub	Klaus	Bürger Energie Lenzkirch eG
Steinke	Hendrik	Hochschule Esslingen
Stier	Anton	Bürgermeister von Frittlingen a.D., Mitglied im AK Wohnen im Alter
Strobel	Elisabeth	Verband der BürgerEnergiegenossenschaften in Baden-Württemberg e.V.
Strobel	Tamara	Hochschule Esslingen
T U		
Thomsen	Hidde	Bahnhofsmision Biberach
Uhlendahl	Dr. Thomas	Führungsakademie Baden-Württemberg
Ulmer	Frank	Kommunikationsbüro Ulmer
V W		
Venz	Dr. Hartmut	Bürgergemeinschaft Küssaberg e.V.
Vogt	Daniel	Bürgermeister Täferrot
Vorwalder	Hildegard	Bürgergemeinschaft Küssaberg e.V.
Walz	Corinna	Bürgerstiftung Stuttgart
Weber	Ursula	Duale Hochschule Baden-Württemberg
Weis	Lisa	Allianz für Beteiligung
Wenzl	Udo	Systemischer Berater für Organisationen, Kinder- und Jugendbeteiligung, Waldkirch
Wezel	Hannes	Staatsministerium Baden-Württemberg
Wichert	Michael	Caritas Migrationsberatung
Wilkins	Christina	Regionalverband Ostwürttemberg
Wuhrer	Rudolf	Bürgermeister Denkingen

Kooperationspartner

„(Neu)Land gestalten! Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden“

